Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 49. VI. BAND 1. Februar 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 49. 1. Februar 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Licht und Schatten.

Die Dinge in Polen nehmen einen günstigen Verlauf. Es ist einfach unerklärlich, woher manche deutsche Tageblätter ihren Pessimismus schöpfen, der nur unseren Feinden Freude machen kann. Das zerrüttete, an ein politisches Leben grossen Stils nicht gewöhnte Land konsolidiert sich um diesen Kristalisationspunkt, den der Staatsrat bildet, die Autorität dieser höchsten, von den Zentralmächten eingesetzten Behörde, nimmt zusehends zu. Bestand vor Wochen eine geringe Opposition, so verschwindet sie von Tag zu Tag zu Gunsten der nationalen Disziplin. Von zwei entgegengesetzten Seiten erlebten wir in den letzten Tagen Kundgebungen, die den Gesinnungen des Landes beredten Ausdruck verliehen. Am 21. ds. Mts. fand in Warschau ein grossartiger Festzug statt, von den radikalen Elementen der Stadt veranstaltet; eine grosse Zahl von Vereinen und Verbänden, die organisierte, sozialistische Arbeiterschaft und das radikale Bürgertum umfassend, brachte dem Staatsrat ihre Huldigung und die Versicherung ihrer Bereitwilligkeit, auf dem Altar des Vaterlandes die grössten Opfer an Gut und Blut zu bringen, entgegen. In diesem Sinne sprach sich auch der Nationale Arbeiterbund aus. Die organisierte Arbeiterschaft, der demokratische Teil der polnischen Gesellschaft, dem auch der Bauernbund angehört, stellen sich als Vortrupp des polnischen Aktivismus dem Staatsrat zur Verfügung. Andererseits erlebten wir eine Kundgebung, die noch vor 6 Wochen in Polen unmöglich erschien. Die konservativsten adligen Körperschaften des Landes, nämlich der Zentrale Landwirtschaftliche Verein und der

Hauptfürsorgerat, beschlossen sich dem Staatsrat zu unterordnen. Diese Körperschaften bildeten bis jetzt die Hochburg des Konservatismus und der apolitischen Passivität: jetzt stellen sie sich auf den Boden des Manifestes vom 5. November und werfen auf die Wagschale desselben alle ihre nicht zu unterschätzenden Einflüsse. Von rechts und von links also eine entschlossene Unterstützung der durch die Zentralmächte geschaffenen Neuordnung.

Der Staatsrat arbeitet eifrig, konsolidiert die organisierte, öffentliche Meinung und trifft Vorbereitungen zu den ihn erwartenden grossen Aufgaben: zur Schaffung der polnischen Armee und zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Wir erblicken in der eingeschlagenen Taktik des Staatsrates ein wohl durchdachtes Programm; wir glauben, dass es darin besteht, dass für den Eintritt in den freiwilligen Militärdienst ganze Körperschaften und Jugendorganisationen gewonnen werden sollen, was natürlich auf die breiten Volksschichten eine suggestive Wirkung ausüben muss; so haben sich in corpore zum freiwilligen Militärdienst gemeldet: die polnische Militärorganisation (P. O. W.), die Studentenschaft, bäuerliche Jugendvereine u. A. Es sollen somit Freiwillige en masse gewonnen werden.

Der Lauf der Ereignisse der letzten Jahrzehnte, die Enttäuschungen, denen Polen so oft ausgesetzt war, haben zur Folge gehabt, dass die Polen verlernt haben, stürmische Romantiker zu sein. Das ist wahrlich nicht unsere Schuld, sondern derjenigen, die uns Enttäuschungen bereiteten, die unser heisses Blut so oft mit ihren feindlichen Plänen erstarren liessen. Um so vorsichtiger sollte man jetzt die polnischen Angelegenheiten behandeln. Wenn das Land sich im dritten Kriegsjahre zu einer grosszügigen, opferwilligen Aktion aufraffen soll, dürften ihm wahrlich nicht Ideen entgegengebracht werden, die geeignet sind, Unwillen und Misstrauen hervorzurufen.

Mit desto grösserem Unbehagen verzeichnen wir

die letzten Auslassungen des Ostmarkenvereines (Tägliche Rundschau, 18. Januar 1917, „Zur polnischen Frage“) und des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden. Da sie der Oeffentlichkeit zugeführt wurden, glauben wir, uns berechtigt zu fühlen, öffentlich darauf zu antworten.

Wenn wir oben von Faktoren sprachen, die den stürmischen romantischen Kampfgeist der Polen, welcher immer gegen Russland und nur gegen Russland gekehrt war, abgekühlt haben, so dachten wir nicht in letzter Reihe an die Tätigkeit des Ostmarkenvereins. Nun scheinen die Herren, deren Einfluss sich bis jetzt in der Provinz Posen und in Galizien geltend machen liess, ihren Wirkungskreis erweitern zu wollen. Wir möchten nicht in eine Polemik verfallen, wir vermeiden es also, den ganzen ideologischen Aufbau der letzten Offenbarung dieser Kreise, obwohl er tatsächliche, sagen wir, Ungenauigkeiten enthält, zu widerlegen. Zwecks Schutz des Deutschtums erachtet der Ostmarkenverein folgende Massnahmen für unerlässlich: „1) den Deutschen Polens müsste ein Optionsrecht dergestalt eingeräumt werden, dass sie die Staatsangehörigkeit eines deutschen Bundesstaates erwerben könnten, auch ohne ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen; 2) die Einwanderung der Deutschen Polens nach Deutschland wäre durch Gewährung wirtschaftlicher Vorteile, besonders von Ansiedlungsmöglichkeiten, nach Kräften zu fördern; 3) ebenso wäre der Auswanderung preussischer Polen nach dem polnischen Königreiche durch Einräumung wirtschaftlicher Vorteile möglichst Vorschub zu leisten. Insbesondere müsste ihnen die Gelegenheit geboten werden, ihren Grundbesitz in Preussen zu angemessenem Preise an den Staat oder in deutsche Hände zu verkaufen. Das Königreich Polen wäre zu verpflichten, die aus dem Deutschen Reiche auswandernden Polen bei sich aufzunehmen und anzusiedeln. Hierfür ständen die bisherigen russischen Staatsgüter, sowie der von den aus-

wandernden Deutschen aufgegebene Grundbesitz zur Verfügung. Nötigenfalls wäre der russische Staatsbesitz in Polen vom Deutschen Reiche fest in der Hand zu behalten und die Umsiedlung der zur Auswanderung bereiten preussischen Polen durch preussische Behörden durchzuführen." Soweit die Vorschläge des Ostmarkenvereins.

Es entsteht die Frage, welche deutsche Kreise in Polen den Ostmarkenverein ermächtigt haben, in ihrem Namen derartige Vorschläge zu machen. Die Deutschen in Polen sind seit Jahrzehnten wohlorganisiert in ihren evangelischen Kirchengemeinden, die Polen erhielten jetzt auch eine Landesvertretung, die besonders betraut ist, die Landesverfassung auszuarbeiten, in der für den Schutz der nationalen Minoritäten gesorgt werden wird; es ist aber nicht bekannt geworden, dass die seit Jahrzehnten in Polen lebenden Deutschen sich an diese zuständige Behörde mit Wünschen in etwa obigem Sinne gewandt haben. Die Deutschen in Polen waren bis jetzt, mit einer geringen Ausnahme von Grossindustriellen, die dem russischen Absatzgebiet ihr Herz geschenkt hatten, gute Landeskinder und haben ihrer zweiten Heimat manchen verdienstvollen Sohn und manchen öffentlichen Nutzen gebracht; sie würden sich jetzt für die Vorschläge des Ostmarkenvereines schön bedanken. Letztere haben zum Zweck, die deutschen Bürger Polens dem Lande zu entfremden, aus ihnen einen status in statu zu bilden; sollten sie deutsche Staatsangehörige werden wollen, so müssten sie doch die Rechte der polnischen Staatsbürger einbüssen, denn Rechte ohne Pflichten gibt es ja nicht; sollten sie polnische Staatsangehörige bleiben, so werden sie gewiss des Schutzes des Ostmarkenvereines nicht bedürfen. Wenn ferner oben von der Förderung von Ansiedlungsmöglichkeiten von Staatswegen gesprochen wird und dazu noch verlangt wird, dass das Deutsche Reich auf eine Reihe von Jahren in Polen den russischen Staatsbesitz — der aus den konfiszierten Gütern polnischer Patrio-

ten besteht — in der Hand behält, so können solche und ähnlichen Vorschläge nur der Herbeiführung einer polnisch-deutschen Annäherung entgegenwirken. Gegen solche Versuche müssen wir uns mit aller Kraft wehren. Nach jahrzehntelang dauerndem Hader, nach den polnisch-deutschen Zerwürfnissen, die nur dem gemeinsamen Feind Nutzen brachten, müssen wir einmal zur Verständigung gelangen und jedes Hindernis beseitigen, von welcher Seite auch dasselbe ausgeht.

Aus demselben Grunde müssen wir auch die Bekanntgabe der Kriegsziele des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden aufs tiefste bedauern. Was wird da für Deutschland nicht verlangt! Eine günstigere Gestaltung der Grenzen im Osten, eine bedeutende Erweiterung der landwirtschaftlich bebaubaren Fläche im Osten; politische, wirtschaftliche und militärische Oberleitung in Polen... Was wäre dann für ein Unterschied zwischen dieser Neugestaltung und einer Anektierung!

Es ist nicht die deutsche Nation, die hinter dem Ostmarkenverein und dem Unabhängigen Ausschuss für den deutschen Frieden steht! — müssen wir unseren polnischen Landsleuten, die ausserhalb Deutschlands leben und die gegebenen Verhältnisse nicht kennen, zurufen. Die deutsche Nation hat durch ihre verantwortlichen Leiter ihre Absichten betreffs der Zukunft Polens anders formuliert.

Wir, die wir mitten in der deutschen Gesellschaft leben, sehen hier einen grossartigen Aufschwung des idealistischen Gedankens, der von Freiheit und Recht beseelt ist, nicht nur für das deutsche Volk. Und im gegenwärtigen Augenblick, als sowohl die rechtsstehenden wie linkstehenden Elemente in Polen sich um ihre legale Nationalbehörde schaaren, um positive, schöpferische Arbeit zu leisten, sollten sämtliche Schatten verscheucht werden, die diese Arbeit beeinträchtigen könnten. Besonders aber sollte das Wecken von Misstrauen

und Unwillen vermieden werden seitens derjenigen, die fortwährend Klage führen darüber, dass in Polen Misstrauen und Unwillen besteht.

Die deutschen Einheitsbestrebungen und die Polenfrage.

(Schluss.)

Die Einigung Deutschlands, nach Bismarcks Plänen, beruhte auf dem Ausschluss Oesterreichs.

Der hervorragende polnische Staatsmann Franz Smolka, der Präsident des Kremser Reichstages, war wie alle Demokraten seiner Zeit, als eifriger Vorkämpfer der Wiederherstellung Polens ein Anhänger der Einigung Deutschlands. Auf dem Reichstage zu Krems forderte er die Herausgabe der Lombardei und Veneliens an Italien, wogegen dieses Land die Hälfte der österreichischen Staatsschuld übernehmen sollte, ferner die Verselbständigung Ungarns, sowie Galiziens, welches auf diese Weise der Kern eines zukünftigen polnischen Staates werden sollte, ebenso die Selbständigmachung der Länder der St. Wenzelskrone. Ohne die fremdnationalen Länder, in einem blossen Föderationsverhältnis zu ihnen, wäre Oesterreich nach der Ueberzeugung Franz Smolkas imstande gewesen, das grosse Werk der Einigung Deutschlands zu vollbringen.

Smolkas Plan lag auf der Entwicklungslinie der europäischen Verhältnisse. Oesterreich verlor am Ende die italienischen Provinzen, dabei nicht freiwillig, ohne die Verringerung seiner Staatsschuld, die im Gegenteil noch grösser wurde, Ungarn hat seine staatliche Selbständigkeit gewonnen, aber infolge eines Krieges, der Oesterreich aus dem deutschen Bund eliminiert hat. Die Verwirklichung von Smolkas Plan hätte die Entstehung des heute von vielen hervorragenden deutschen Politikern befürworteten mitteleuropäischen Staatenbundes hervorgerufen.

Der Zusammenhang zwischen der Einigung Deutschlands und der Polenfrage kam auch darin zur Geltung, dass ein Zusammenhang zwischen der ersteren und der Frage der Sonderstellung Galiziens bestand.

Im Verlaufe der Revolution von 1848 wurden diese beiden Ideen von Smolka vertreten.

In einem andern Zeitabschnitt wurde diese Frage von den österreichischen Alldeutschen 1897 hervorgehoben. Diese sind der Ideologie von der Interessensolidarität der Völker, wie sie 1848 geherrscht, fremd; im Gegenteil, sie repräsentieren den zeitgenössischen Nationalismus, der seine ganze Aufmerksamkeit auf die nationalen Stammesunterschiede konzentriert. Aber die politischen Postulate sind nicht allein von der Ideologie abhängig, sondern von objektiven historischen Tendenzen. Ein sehr charakteristisches Erzeugnis der alldeutschen politischen Situation vor dem Kriege war die Schrift von Tannenberg „Grösseres Deutschland". Der Verfasser behauptet, die deutsche Nation könne sich mit der Tatsache, dass ein so grosser Bruchteil von ihr ausserhalb des deutschen Reiches lebe, nicht abfinden. Er fordert daher die Angliederung der deutsch-österreichischen Kronländer als eigenen Bundesstaat an das Deutsche Reich, Teilung Böhmens zwischen Sachsen und Preussen; die österreichische Krone soll den rumänischen Hohenzollern abgegeben werden; den Habsburgern wird als Entschädigung das Russland abzunehmende Königreich Polen, ferner Ungarn und Rumänien angeboten. Diese drei Länder sollen miteinander einen Staatenbund bilden und das Habsburger-Imperium ausmachen.

In diesem Projekt waren die Elemente der polnischen Phantasie durcheinandergemengt. Tannenberg wollte die alldeutschen Tendenzen durch einen Krieg mit Russland verwirklichen. Es gab aber Stimmen in Deutschland, die diese Tendenzen mit Hilfe Russlands zu verwirklichen rieten. So war das Programm eines verschwindenden Bruchteils der alldeutschen Partei.

Auf diesen Bruchteil rechnend, ventilierte Witte vor dem Kriege ein entsprechendes Projekt der Teilung Oesterreichs.

Hätten die österreichischen Polen im Verein mit den Czechen — die im tiefsten Herzen stets dem Bündnis mit Deutschland abgeneigt waren, dieses geschwächt oder vernichtet, so wäre eine Verwirklichung gewisser alldeutscher Wünsche durch ein Bündnis zwischen Deutschland und Russland sehr wahrscheinlich geworden. Darum haben die politischen Schriftsteller der Unabhängigkeitsrichtung in Polen wie Konstanty Srokowski und der Schreiber dieser Zeilen in der galizischen Presse stets das deutsch-österreichische Bündnis verteidigt. Tiefere politische Köpfe in Deutschland wandten sich von der Idee einer Verwirklichung der alldeutschen Wünsche durch ein Bündnis mit Russland und die Zertrümmerung Oesterreichs ab. Ostgalizien in russischen Händen würde den unbegrenzten Einfluss Russlands in Rumänien bedeuten, welches dann von zwei Seiten durch Russland flankiert wäre, es würde diesem auch einen Einfluss auf die ungarischen Staaten gewähren und dem Panslavismus hier Tür und Tor öffnen. Ueberdies würde Ostgalizien in russischen Händen Preuss. Schlesien bedrohen, und die strategische Position Berlins verschlimmern. Ein Russland mit wachsendem Einfluss auf dem Balkan und dem Streben zur Herrschaft über Ungarn, das soviel unverdauter slavischer Elemente besitzt, müsste eine schwere Gefahr für Deutschland bilden.

Eines der alldeutschen Organe in Oesterreich, das Grazer Tageblatt trat vor dem Krieg von 1914 dafür ein, von Russland den polnischen Anteil loszulösen und mit Galizien einen politischen Komplex zu bilden, der mit Oesterreich in einem Staatenverband zu verbleiben hätte; so würde in Oesterreich die Majorität des deutschen Elementes gesichert werden, sie würde von 36 auf mehr als 60 steigen.

Die tiefblickenden deutschen Politiker erachten,

dass die Verhältnisse nicht soweit herangereift sind dass eine Minderung Oesterreichs auch dem deutschen Reiche Schaden bringen müsste, dass man daher nur nach einer stufenweisen Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland streben müsse. Ein Zollbund, ferner eine Militärkonvention zwischen beiden Reichen, staatsgrundsätzlich gesichert, betrachteten diese Politiker als die Forderung des jetzigen Augenblicks. Aber ohne einen europäischen Krieg, ohne ein grosses gemeinsames Unternehmen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, ist die Verwirklichung dieser Forderung ausgeschlossen.

Seit Kriegsausbruch ist das Gefühl des Zusammenhanges mit Deutschland in der Wiener Gesellschaft bedeutend gewachsen, obgleich diese vorher am stärksten den alldeutschen Tendenzen wiederstrebte. Die Deutschen, aber nicht nur diese allein, sondern alle Völker Oesterreich-Ungarn, insofern sie nicht auf deren Zerfall spekulierten, fanden Ermutigung in der durch Deutschland gewährten Hilfe. Es war offensichtlich geworden, dass Russland sich nicht nur Galiziens bemächtigte, sondern nach Ungarn eindringen, Wien selber bedrohen würde, wenn nicht Deutschland sich als treuer und starker Brudergenosse erwiesen hätte.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege war eine raschere und glücklichere als Oesterreichs. Deutschlands Militärmacht ist ein Faktor, der ihm im internationalen Wettbewerb vorteilhafte Verträge sichert. Eine Zollverbindung mit Deutschland propagiert eine ganze Reihe von Wirtschaftstheoretikern und Praktikern — in Oesterreich. Ein Kreis von Volkswirten in Oesterreich arbeitet an dem Problem der Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen den beiden Reichen.. Das Haupt dieses Kreises, der gewesene Minister Baron Plener stellt als Hauptforderung auf, dass beide Reiche bei künftigen Vertragsverhältnissen gemeinsam auftreten, was nicht ausschliesst, dass in einzelnen Fällen mit beiderseitiger Uebereinstimmung, die Verträge einen

besonderen Inhalt für Deutschland und einen besonderen für Oesterreich-Ungarn umfassen können.

Es ist schwer vorauszusagen, was für Formen nach dem Krieg das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland annehmen wird, jedenfalls wird es enger sein, als vor dem Krieg. Das hat für uns Polen eine grosse Bedeutung. Ein grosser Teil des ehemaligen polnischen Landes wird von Russland abgetrennt werden — dank dem sieghaften Fortschreiten der verbündeten Armeen.

Eine Teilung des ehemaligen polnischen Besitzes Russlands würden wir für ein Unglück halten; diesem kann vorgebeugt werden durch gemeinsame militärische und wirtschaftliche Vorteile, die die Zentralmächte aus diesem Komplex ziehen würden, der, kraft seiner Ausdehnung und Bevölkerungsdichtigkeit, besonderen Nationalität und historischen Vergangenheit eine staatsrechtliche Stellung erhalten soll. Die gemeinsamen militärischen und wirtschaftlichen Vorteile könnten auf einem Handelsbündnis mit beiden Reichen (Ausgleichszölle) und auf einer Militärkonvention mit ihnen beruhen, was durch die Militärkonvention zwischen den beiden Reichen bedingt wäre.

Die verschiedenen Phasen und Elemente der Polenfrage sind funktionell verknüpft mit den verschiedenen Phasen der Einigung der deutschen Stämme.

Warschau, „Goniec“, 17.—19. X. Wł. Studnicki.

Die Nationalitätenfrage in Litauen und in Weissruthenien.

Der Weltkrieg in seinem grandiosen Umfang hat so manche Probleme der Weltgeschichte von neuem belebend berührt und sie auf die Tagesordnung der brennenden Fragen gesetzt. Vor allem steht das Problem der nationalen Frage und der Völkergruppierung an erster Stelle und dieses an sich neue, prinzipielle

Bedeutung aufweisende Problem, reift seiner Lösung entgegen. Der alte Welttag, er dämmert und neues Leben scheint aus der blutigen Saat der Schlachtfelder Europas zu erblühen.

Die zweite Hälfte des Jahres 1915 brachte entscheidende Veränderung dem Lande, das östlich der schwarz-weissen Pfähle vom Niemen bis zur Düna und vom Rigaischen Meerbusen bis Wolhynien sich erstreckt, Lithauen. Die deutschen Truppen besetzten allmählich das Land, am 5./8. September fiel seine alte Hauptstadt Wilno in die Hände der vorrückenden Heere, eine neue Verwaltung war eingesetzt und ein tiefeinschneidender Wendepunkt in der Geschichte Litauens war eingetreten.

Litauen ist das Land der manigfachen reichen Nationalitätenprobleme — wohl selten kann ein Land ähnliche aufweisen — und so erachten wir es als notwendig gerade zu diesem Zeitpunkte diese Frage zu berühren, um sie zuerst an ihrer Geschichte darzutun, zumal eine objektive Schilderung der Vergangenheit lauternd und ausschlaggebend für das Verständnis der Gegenwart sein muss. Das geschichtlich gewordene ist eine Macht, ein ordnungs- und staatserhaltender Faktor, der hemmend allen chaotischen, ungeschichtlichen Unterströmungen entgegentritt, — ein Fels im wogenden Meer der Leidenschaft, ein Regulativ für Regierende und Regierte.

Wir beginnen mit einer kurzen Schilderung der Hauptphasen geschichtlicher Entwicklung des Landes Litauen, doch zuvor wollen wir eine Erklärung des Begriffs „Litauen“ geben.

Unter Litauen wird das Gebiet verstanden, das die Gouvernements Kowno, Wilno, Grodno, Mińsk, Witebsk und Mohilew umfasst. Nach russisch-administrativer Nomenklatur wurde dieses Gebiet als „nordwestliches“ bezeichnet und von „altersher“ als russisches angesehen. Doch ist letzteres unrichtig und unhistorisch. Verschiedene Völkerschaften bewohnen das Land, und

somit kompliziert sich der Begriff Litauen, zumal unter den vielen Nationen die ethnographischen und nationalen Litauer, die zweifellos dem Lande den Namen gegeben, einen gewissen, wenn auch keineswegs den grössten integrierenden Teil der Bewohner stellen.

Das Land wird bewohnt von Polen, Litauern, Weissruthenen und Juden, welche Völkerschaften den Hauptkontingent des Landes bilden.

Die ethnographischen Litauer bewohnen das Gouvernement Kowno und Bruchteile der Gouvernements Wilno und Grodno. Ausserdem nehmen sie die Kreise Maryampol, Kalwarya, Władysławów und Wilkowiszki des Gouvernements Suwałki mehr oder weniger ein.

Die Weissruthenen — nach Sprache und Religion sehr wenig einheitlich — nehmen die Gouvernements Wilno, Grodno, Mińsk, Witebsk und Mohylew ein. Als kulturelles und ökonomisch-finanziell starkes Element nehmen in all' diesen Provinzen die Polen eine massgebende und führende Stellung ein, während die Juden gedrängt die zahlreichen kleineren und grösseren Städte dicht bevölkern. Ausserdem ist noch zu bemerken, dass einige hunderttausend dieser Leute im Gouvernement Witebsk ihren Wohnsitz haben.

Aus obigem ist ersichtlich, dass Litauen kein einheitlich ethnographisches Gebiet darstellt, vielmehr ein geographischer und territorialer Begriff ist, und daran ist festzuhalten, wenn man den Problemen, die in diesem Lande so mannigfaltig auftreten, nur einigermassen gerecht werden will.

* * *

Ursprünglich bildete Litauen nur einen kleinen Staat Samogitien und das eigentliche Litauen — der vom kleinen, aber äusserst kriegerischen Stamme der Litauer und Samogiten bewohnt war. Im 13. Jahrhundert schwang sich unter den zahlreichen Teilfürsten des Landes Mendog (1263) zu bedeutender Höhe empor und nahm den Königtitel an. Bekannt ist er durch

seine Kämpfe und Verträge mit dem Orden der Deutschritter. Unter der Herrschaft dieses kriegerischen Fürsten breiteten sich die Grenzen des Landes bedeutend aus, was zur Folge hatte, dass durch den weissruthenischen Länderzuwachs, Litauen, aus einem ethnographisch litauischen, ein litauisch-weissruthenisches Reich wurde, zum Nachteil der litauischen Sprache, die die neuerworbenen umfangreichen Gebiete nicht zu durchdringen vermochte. Im Gegenteil, das Litauische wurde allmählich vom Weissruthenischen verdrängt und sah sich gezwungen ganze Länderstriche letzterem abzutreten. Dieser Ausbreitungsprozess Litauens dauert im 14. Jahrhundert fort, indem das eroberungslustige Volk sich Połock, Witebsk, Mińsk, alle weissruthenischen Fürstentümer angliedert. Doch nicht genug damit. Nach der Ukraine hin strebt Litauen. Zu des Grossfürsten Gedymins (1341) Zeiten werden Wolhynien, Podolien, Kiew, Czernichów erobert, 1362 zieht der Grossfürst Olgerd (1377) nach siegreicher Schlacht über die Tataren in Kiew ein. Und indem auf diese Weise Litauen allmählich sich alle westlichen und südlich-ruthenischen Länder anschliesst, wird es selbst zu einem weissruthenischen Reiche und die siegreichen Litauer werden in sprachlicher Hinsicht zu Weissruthenen.

Mit der Zeit wird die weissruthenische Sprache Staatssprache, eigentlich war es mehr eine ruthenische künstliche Kanzleisprache, die dem polnischen allmählich so ähnlich wurde, dass jeder Pole ohne weiteres sie verstehen konnte, (während sie dem Russen unverständlich war), und bleibt bis Ende des 18. Jahrhunderts im Gebrauch, wo sie dann der polnischen Sprache weichen muss. Das Litauische war niemals weder Hof- noch Reichs- und Staatssprache gewesen, und nur im eigentlichen Litauen und Samogitien hatte es sich in seiner Sonderart rein erhalten.

Mit Jagiełło's (1386 1434) Thronbesteigung und Heirat schlägt Litauen eine neue Richtung seiner Entwicklung ein. Es nähert sich dem Westen und durch

die Vereinigung mit Polen wird es westeuropäischer Kultur zugängig. 1385/1386 findet der erste Unionsakt in Kiew statt, durch welchen Jagiełło Litauen dem polnischen Reiche einverleibt und, indem er Polens Kronen sich aufs Haupt setzte, vereinigte er „für ewige Zeiten" die litauisch-ruthänischen Länder mit Polen. (Domum etiam Jagało dux promittit terras suas Lituaniae et Russiae coronas regni Poloniae perpetuo applicare). 1387 erhalten die katholischen Bojaren Litauens gleiche Rechte mit dem Adel Polens und 1401 wird in Radom die Union durch Jagiełło und Witold (1392—1430) feierlich bestätigt. Der Bund der Völker soll bestehen unwiderruflich und ewig (perpetuam et irrevocabilem servabimus unionem) und die Fürsten und Bojaren Litauens beschliessen von jetzt ab auch über die Schicksale der polnischen Reichshälfte. Eine ganze Reihe weiterer Unionsbestrebungen und Befestigungen folgen und gehen durch die Jahrhunderte, so die tiefeingreifende Union von Horodło 1413 wo Jagiełło Litauen nochmals dem polnischen Reiche einverleibt (regno Poloniae iterum de novo incorporamus, inv isceramus, appropriamus, conjugimus, adjungimus, confoederamus er perpetuo annectimus) und wo der litauische Adel in seinen Rechten dem polnischen ganz gleich gestellt wird und die Wappen des letzteren übernimmt. Freilich versuchte persönlicher Ehrgeiz der Fürsten (so Witolds) und die ständische Politik des litauischen Adels, die auf Personalunion beruhende Staatsgemeinschaft manchmal zu lockern, ungeachtet dessen ging der Assimilierungsprozess seine Wege, und die ganze Verfassung Polens fand in Litauen eine getreue Wiedergabe. Neben der Starkung der Macht des Grossfürsten, verschärfte sich der Gegensatz zwischen dem ruthenisch-orthodoxen und katholisch-litauischen Adel, welche beide Gruppen 1432 in ihren Rechten gleichgestellt wurden.

Die Beziehungen zwischen Polen und Litauen gestalteten sich immer einheitlicher und polnische Kultur breitete sich im Lande aus. Und das war ja der na-

türliche Entwicklungsgang. Hatte doch Litauen aus Polen seine höchsten geistigen Güter erhalten, die Religion des Christentums ward ihm durch Polen und in Gestalt des polnischen Katholizismus geschenkt worden und polnische Missionäre waren am Ausbreitungswerke tätig. Bereits Gedymin (1341) identifizierte 1324 in seiner Schrift an die päpstlichen Legaten den Katholizismus in Litauen mit dem Polentums, zumal in seinem Reiche nur noch eine zweite Religion bekannt war, die der orthodoxen Ruthenen, die ganz in der Kultur des Ostens wurzelte; Polen ist es zu verdanken, dass Litauen christlich, und so der westlichen Kultur zugänglich gemacht wurde.

Noch heute ist Litauen, wie vor Jahrhunderten der Kampfplatz dieser zwei entgegengesetzten Kulturen des Westens und des Ostens, in nationaler und religiöser Hinsicht; jede Hemmung und Unterdrückung der polnischen Kultur, ihres Einflusses in Litauen, würde einer Stärkung der orthodox-russischen Machtsphäre gleichkommen, die von jeher dieses Land als einen Vorposten seiner Expansion angesehen hatte.

Zu Gedymins Zeiten breitete sich das Christentum und die polnische Kultur in Litauen auch durch die Kriegsgefangenen aus. Zahlreiche Kriegsgefangenen-Kolonien übten ihren zivilisierenden nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Als der Deutsche Orden 1249, den litauischen Preussen die freie Wahl eines Rechtes anheimstellte, da wählten sie als geeignetes für sich — das polnische und Gedymin wandte sich an den Orden der Dominikaner und Franziskaner mit der Bitte, ihm der litauischen und der polnischen Sprache mächtige Missionäre zu schicken.

Diese paar kleinen historischen Züge beweisen deutlich, wie also der polnische Einfluss auf Litauen gewesen ist, und auch wie nötig und von den Fürsten selbst anerkannt, da nur durch ihn westeuropäische Kultur diesem Lande zuteil werden könnte.

Die durch die Personalunion eingeleiteten Bezie-

hungen und gemeinsamen Interessen Litauens und Polens wurden immer enger und enger; so wurde das Privilegium des Königs Kasimir (1433—1470) dass „den Prälaten, Fürsten und Herren von Adel, als auch den Bürgern Polens“ gegeben. 1447 auf die eben genannten Personen Litauens, Weissrutheniens und Samogitiens ausgedehnt und dadurch ein bedeutender Schritt zur sozial gesetzlichen Assimilierung beider Reiche getan. Wie schon oben erwähnt, war Litauen in seiner Stellung als „Reich der Mitte“ zwischen dem westeuropäischen Polen und dem osteuropäischen Russland, der Kampfplatz dieser zwei von Grund aus verschiedenen Kulturen. Alle grossen geistigen Strömungen des Westens fanden durch Polen in Litauen einen Widerhall, so z. B. die Renaissance, der Humanismus, die Reformation und die Wissenschaft Europas.

Ein gefährlicher Gegner entstand Litauen in dem jungen gewaltig schnell aufstrebenden Grossfürstentum und späteren Zartum Moskau, das unter Johann III. (I. 1905) und seinen Nachfolgern seine Fühler nach Westen ausstreckte und in seinem elementaren Ausbreitungsdrang sich Westgebiete angliedern und dort seine Eigenart durchsetzen wollte. Moskau tritt zum erstenmal drohend als Weltmacht auf und diese Gefahr treibt Litauen dazu, sich dem westeuropäischen Polen immer fester anzuschliessen. 1499 wird die Union von Horodło feierlich erneuert und bekräftigt.

Die Festigung der Union mit Polen wurde für Litauen zu seiner Existenz- und Lebensfrage, angesichts det drohenden Gefahr seitens des moskowitischen Reiches. Andererseits bedeutete diese Vereinigung eine ungeahnte ökonomische Entwicklung für Litauen. Ein breiter Strom von Kolonisten aus Polen ergoss sich ins Land, wo sie auf dem billigen und verglichen Boden ansässig wurden und den zahlreichen bis auf den heutigen Tag noch erhaltenden kleinen Landadel bildeten. Andere traten in den Kriegsdienst des Grossfürsten oder in den Dienst der litauischen Fürsten und Herren

und wieder andere polnische Adelsgeschlechter verblieben dem Lande durch Heirat.

Dieser durch Personalunion bestehenden Vereinigung von Polen Litauen drohte eine neue Gefahr. Der letzte Jagellonenkönig Sigismund August (1543—1572) schien kinderlos zu bleiben, und mit seinem Hinscheiden konnte die Union hinfallig werden. Was dann den titauischen Anteil seitens des aufstrebenden russischen Reiches drohte, war mehr als klar.

Darum war es ein Akt grösster Staatsklugheit, der die Erhaltung der westeuropäischen Kultur dem litauischen Lande verbürgte, als am 1. Juli 1561 in Lublin die Realunion zwischen Polen und Litauen geschlossen wurde, die beide Reiche zu einem unlöslichen Staate verband. Von jetzt ab sollte der König nicht mehr durch gewählte Vertreter, sondern vom Adel beider Reiche gewählt werden. Und als Beweis dieser realen Vereinigung kann auch der Umstand dienen, dass das polnische Livland (Inflanty) als „Reichsland" zu beiden Reichen gehören sollte. Durch diese Union entstand ein festgeschlossenes Staatswesen, das den Höhenpunkt seiner staatlichen Entwicklung erreichen konnte und die polnische Kultur gewann ein Riesengebiet, auf dem sie mit der in Litauen bisher herrschenden erfolgreich wetteifern und dann vordringen konnte.

Die Polonisierung des Landes vollzog sich ohne Gewalt, freiwillig und natürlich. Sie war ein elementarer Prozess, der den Adel, das Bürgertum und die Bauernschaft Litauens erfasste und in seinen Kulturkreis hineinzog. Viele Beispiele wären anzuführen, wo die polnischen kirchlichen Behörden dafür Sorge trugen, dass in den litauischen Kirchen die Pfarrer die litauische Sprache gut beherrschen sollten und für die Entwicklung der litauischen kirchlichen Kultur viel beitrugen. Kein einziges Beispiel von beabsichtigter und zielbewusster Polonisierung dürfte die Geschichte aufzuweisen haben, abgesehen davon, dass in jener Zeit eher religiöse als nationale Motive ausschlaggebend waren.

Das bisher dargelegte bietet in ganz kurzen Zügen die Hauptmomente der gegenseitigen Beziehungen und Beeinflussungen zwischen Polen und Litauen bis zur Zeit des vollständigen Zusammenschlusses beider Reiche zu einem Reichsganzen. Und was die Vorsehung der Geschichte zusammengefügt hat, das sollte und soll kein zufälliges Eingreifen fremder Mächte auseinanderreissen. 1569 zu einem Staate geworden, nimmt jetzt Litauen an allen Geschichten Polens Anteil und steuert zu dessen Entwicklung bedeutend bei.

1772 begannen Russland, Preussen und Oesterreich mit der Aufteilung Polens, das machtlos war sich zu erwähren. Obgleich das Volk aus sich heraus zur herrlichen Konstitution vom 3. Mai 1791 sich aufschwang, die die modernsten staatlichen Ideen und Prinzipien vertrat, so war es doch zu spät, da Katharina II. dagegen protestierte und eine Anarchie in Polen absichtlich förderte. Der erhebende Akt der Konstitution des 3. Mai's gleichsam ein Testament und letzte Vorrükkung des seiner Freiheit beraubten Volkes, behandelt eingehend auch das Verhältnis Polens und Litauens, die beide ein Land und ein Volk bilden sollten, frei, brüderlich, und in allem unabhängig und gleichberechtigt. Und dies wurde beschworen. In der dritten Teilung Polens 1795 bekam Russland wieder den Löwenteil des Landes: Litauen mit Wilno, Grodno, Brest (nachdem es schon 1772 und 1793 grosse Landstriche Litauens bekommen hatte).

Eine nochmalige, bedeutende Stärkung seines Kultureinflusses wurde dem Polentum in Litauen zuteil durch die Gründung der Universität Wilno 1804, die nicht nur eine wissenschaftliche Leuchte, sondern auch eine Erziehungsanstalt für viele bedeutende Staatsbürger gewesen ist. Der grösste Dichter Polens, Adam Mickiewicz war ein Schüler dieser Hochschule gewesen, die dank den angestrengten Bemühungen des Fürsten Adam Czartoryski, des Freundes und Beraters Alexander I., beim Wiener Kongresse gegründet worden war. Trotz-

dem sie nur 28 Jahre bestand, so hat sie doch dem Lande das geistige Gepräge gegeben, das spätere Zeiten nicht zu verwischen vermochten.

Durch die Erwerbung Litauens und Weissrutheniens hat Russland eine wichtige Frage seiner äusseren Politik glänzend gelöst und konnte jetzt an die Russifizierung dieser Länder schreiten, was im wesentlichen dadurch erleichtert war, dass die Volksmassen völlig passiv und ihrer Eigenart unbewusst waren.

Die widernatürliche Vereinigung des westeuropäischen konstitutionellen Staates mit dem absolutistischen Zarenreiche musste zu gewaltsamen Erschütterungen und Entladungen führen, die in den Aufständen von 1830 und 1863 Ausdruck fanden. Wie verschieden auch diese beiden Erhebungen und Aussichten auf Erfolg gewesen sein möchten, zeigten sie doch, dass das polnische Volk in den Kampf für seine heiligsten, ihm widerrechtlich entzogenen Güter gezogen war, und wenn anch äusserlich unterlegen, so doch sich nicht selbst aufgegeben hatte. Die begeisterten Polenlieder deutscher Dichter haben die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des polnischen Volkes gebührend gefeiert und gewürdigt.

Polen-Litauen war der östliche Aussenposten Europas gegen das Auflüsten des asiatischen Ostens, er hat diese seine Mission glänzend erfüllt, wenn auch mit Hingabe seiner selbst. Und wenn der heutige Weltkrieg in Litauen Reste westeuropäischer Kultur vorfindet und wenn die Aufgabe gestellt wird, die alten Probleme und Kulturantagonismen zu lösen — so ist dies das unauslöschliche Verdienst der polnischen Kultur, der polnischen Religion und des polnischen Staates, der Bleibendes hier geschaffen und das hundert Jahre Zwangsherrschaft zu verwischen nicht vermocht haben, im Gegenteil, jede Reaktion stärkte das polnische Element.

A. Wileński.

(Schluss folgt.)

Gegen die Entente-Politik.

Als Vorsitzender der „Liga der Fremdvölker im russischen Reiche“ kann ich es nicht unterlassen, die aus angeblich „zuverlässiger“ Quelle vom Reuterschen Büro verbreitete Behauptung, dass alle Völker Russlands einstimmig und freiwillig gegen den gemeinsamen Feind aufgetreten seien, zu erwidern und zu berichtigen.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wirklichkeit.

Die von der russischen Regierung bei Kriegsausbruch erklärte Mobilisation hat bei den fremden, von Russland unterjochten und bedrückten Völkern nicht nur keine Begeisterung hervorgerufen, sondern ist im Gegenteil überall auf einen mehr oder weniger ausdrücklichen Widerstand gestossen, und die zum aktiven Kriegsdienst einberufenen Rekruten und Reservisten haben sich dem mit allen Mitteln zu entziehen versucht. Diesem Umstande verdanken wir, dass wir gegenwärtig in Kongress-Polen über eine bedeutende, sich auf mehr als eine Million beziffernde Anzahl von waffenfähigen Männern verfügen. Gleichzeitig ist die polnische Jugend trotz grosser Schwierigkeiten zu den sich in Galizien bildenden Legionen geeilt, um den Kampf gegen Russland aufzunehmen. Weiss denn das Reutersche Büro bisher noch nichts von den Legionen?

Eine gleiche Stimmung herrschte und herrscht auch noch unter den andern Völkern. In Turkestan, in den Ostgouvernements Russlands mit tatarischer Bevölkerung brach anlässlich der Aushebung ein blutiger Aufruhr aus. Finnland widersetzt sich tatkräftig der russischen Uebermacht und denkt nicht daran, seine Söhne zur russischen Armee zu senden. Was die in Russland erbarmungslos verfolgten Juden betrifft, glaubt denn das Reutersche Büro, dass auch sie freiwillig und mit Begeisterung ihren Bedrücker verteidigen?

Diese Begeisterung und Stimmung des russischen Heeres, das, man kann es sagen, zur Hälfte aus frem-

den Völkern besteht, bezeugt am besten die Tatsache, dass gegenwärtig der russische Oberbefehl gezwungen ist, hinter den stürmenden Kolonnen Kosakenabteilungen und Maschinengewehre aufzustellen, die die Weichenden dezimieren.

Die Bekanntmachung des Reuterschen Büros widerspricht der Wahrheit und führt die öffentliche Meinung irre.

Das unter den von Russland bedrückten Völkern zahlreichste polnische Volk vereinigte sich unter der Losung „Weg von Russland"; der Augenblick ist nicht mehr weit, in dem es mit einem eisernen Griffel in unverwischbaren Lettern deutlicher als bisher seinen unwandelbaren Beschluss, sich ein für allemal von Russland zu trennen, in die Blätter der Geschichte eintragen wird. Diesem Beispiele werden auch andere Völker folgen.

Michał Łempicki
Vorsitzender der Liga der Fremdvölker Russlands
Mitglied des provisorischen Staatsrats des
Königreichs Polen.

Polnisch-amerikanische Kundgebungen.

Die Polen in Amerika, deren Zahl beinahe 2000000 beträgt und die in manchen Städten, z. B. in Chicago, eine Macht sind (Chicago ist nach Warschau die grösste Polenstadt der Welt), zerfallen im gegenwärtigen Krieg in zwei Parteien. Das sogenannte nationale Rettungskomitee in Chicago gibt sich dem Glauben an das warme Herz der Entente-Mächte für Polen hin und stellte sich auch mit dem Zwei-Kaisermanifest vom 5. November nicht zufrieden. Die tatkräftigste polnische Organisation in Amerika ist das Zentralkomitee für nationale Verteidigung. Vor dem Kriege gegründet, nahm es entschlossen die Idee der polnischen Legionen auf und unterstützte letztere mit Blut und Geldmitteln. Es ist rührend zu lesen, wie mancher amerikanischer Pole

unter allerlei Schwierigkeiten es zustande brachte, während der Blokade nach Oesterreich zu kommen, um gegen Russland zu kämpfen; auch die Aufklärungsarbeit, die diese Partei über Russland und dessen Freunde für die amerikanische Oeffentlichkeit leistet, ist nicht gering. Ueber das diesbezügliche Buch von Dr. Młynarski („The Problem of the coming peace. New York. Polish Book Importing Co. Jue 1916) haben wir seinerzeit berichtet (Poln. Bl. Heft 25).

Das Unabhängigkeitsmanifest vom 5. November hat in den Reihen des Zentralkomitees für nationale Verteidigung die freudigsten Gefühle ausgelöst. Unter dem mächtigen Drucke dieses Manifestes, wurde vom Komitee eine Reihe von Dank- und Zustimmungstelegramme an die Botschafter Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Bulgariens und der Türkei abgesandt. Die an die zwei ersteren Vertreter abgesandten Telegramme lauten:

1.

„An den Herrn Chargé d'Affaires der österreichisch-ungarischen Monarchie Exzellenz Baron Zwiedinek in Washington.

„Das Komitee der nationalen Verteidigung erachtet es als seine angenehme Pflicht, am freudigen Tag der Proklamierung der Unabhängigkeit Polens Eurer Exzellenz für das bisherige Wohlwollen seinen Dank auszusprechen.

„Es wurde eine rechtspolitische Grundlage für die Lösung der polnischen Frage sowohl im Interesse des polnischen Volkes, als auch dem der österreichisch-ungarischen Monarchie und der verbündeten Staaten geschaffen. Diese Lösung wird Europa einen dauernden Frieden, brüderliche und herzliche Beziehungen zwischen den im gegenwärtigen Krieg verbündeten Nationen sichern. Der Schritt der Zentralmächte vom 5. November flösst uns das Vertrauen ein, dass der Augenblick einer neuen Ordnung der Verhältnisse in Zentraleuropa bereits nahe ist.“

2.

„An Seine Exzellenz den Herrn Botschafter des Deutschen Reiches Grafen J. H. von Bernstorff in Washington.

„Die aus Europa eingelangten Telegramme von der Reaktivierung des Königreiches Polen erfüllen alle Polen mit Freude, die gegen Russland in der Ueberzeugung Front gemacht haben, dass in dem ungeheuren gegenwärtigen Konflikt, die polnische Frage ihre internationale Bedeutung wiedererlangen werde.

„Wir bitten, den Ausdruck unserer aufrichtigen Genugtuung über den Eintritt der neuen Verhältnisse auf polnischer Erde entgegennehmen zu wollen. Wir sind fest überzeugt, dass die Proklamierung der Unabhängigkeit der bis vor kurzem der russischen Regierung unterworfenen polnischen Länder einen klaren und deutlichen Beweis dafür bietet, dass das von den deutschen Heeren und den polnischen Legionen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind vergossene Blut nicht nur den Feind überwältigt, sondern auch eine neue Aera für die Lösung der polnischen Frage, diesen Eckstein für die dauernde Ordnung in Europa und für die herzlichen Beziehungen zwischen den verbündeten Nationen, geschaffen hat."

Im Sinne obiger Kundgebungen schreiben auch die Pressorgane der polnischen Unabhängigskeitspartei, deren Zahl gegen 20 beträgt. Das in Chicago erscheinende Hauptblatt „Dziennik Ludowy" (Volksblatt), Nr. 269 vom 16. November veröffentlicht einen Aufruf des Zentralkomitees für nationale Verteidigung, der sich in starken Worten gegen Russland und dessen Freunde wendet, die Proklamierung des polnischen Staates als einen Ausdruck der Tatsache betrachtet, dass dieser Staat völkerrechtlich nie aufhörte zu existieren und den Wunsch ausspricht, das neue Königreich Polen möge nicht neutral bleiben, sondern an der Seite der Verbündeten den im Jahre 1831 begonnenen Kampf bis zum endgültigen Sieg fortsetzen. Schliesslich wird hier die Hoffnung ausgesprochen, dass von den Zentralmächten die Polenfrage als ganzes gelöst werden wird.

Im Sinne der Unabhängigkeitsidee hatte dies Komitee seinerzeit an den Präsidenten Wilson eine ausführliche Denkschrift gerichtet.

Ob diese Denkschrift zur Formulierung des bekannten Passus über Polen in der Wilson'schen Botschaft beigetragen hat, lässt sich nicht feststellen. Ueber die gegenwärtige Stimmung der Polen in Amerika lesen wir nachstehenden Bericht:

New York, 22. Januar (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) Ueber 3000 polnisch-amerikanische Männer und Frauen haben an einer vom polnischen Nationalkomitee veranstalteten Massenversammlung zur Feier der Wiederherstellung des unabhängigen Königreichs Polen teilgenommen. Die Versammlung hat eine Entschliessung angenommen, welche die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch

die Mittelmächte nach ihrem Siege über Russland für einen ersten entscheidenden Schritt in der Richtung auf eine endgültige Lösung der polnischen Frage erklärt, die Bedeutung und Wichtigkeit des denkwürdigen Aktes der Mittelmächte vom 5. November 1916 anerkennt und der Ueberzeugung Ausdruck gibt, dass ein unabhängiger polnischer Staat der Eckstein eines dauernden Friedens in Europa sein wird. Die Erklärung erhebt Einspruch dagegen, dass in der Note der Alliierten vom 10. Januar davon die Rede sei, dass Polen an Russland zurückgegeben und seine Zukunft von den Launen desselben Zaren abhängig gemacht werden soll, der vor einigen Jahren Polen mit Galgen übersät und Zehntausende der Bevölkerung nach Sibirien verbannt hat. Polen muss frei und unabhängig sein, untertan keiner anderen Regierung als seiner eigenen und Herr über sein eigenes Geschick.

Die Versammlung richtete an den Präsidenten Wilson die Bitte, getreu der amerikanischen Ueberlieferung sofort Schritte in der Richtung auf eine Anerkennung des Königreichs Polens durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen

Unter den Rednern befand sich der bekannte Irenführer und Richter am obersten Gerichtshof Cohalan, der erklärte, es würde niemals Freiheit in Westeuropa geben, bis Irland seine Unabhängigkeit gewonnen habe, und keine Freiheit in Osteuropa, bis die Unabhängigkeit Polens wiederhergestellt worden sei; England und Russland würden eine Gefahr für die Zivilisation sein, wenn es ihnen gestattet würde, in diesem Kriege endgültig zu triumphiêren.

Die Versammelten brachten 15.000 Dollar für den Polen-Hilfsfonds auf.

Die Botschaft Wilsons wurde in Polen mit gefühlsmässiger Zustimmung begrüsst. Die polnische Presse*) bezeichnet, als ihr wichtigstes Moment, die Betonung der Unabhängigkeit Polens, was nur in antirussischem Sinne gedeutet werden kann. In Warschau hat der diesbezügliche Passus freudigen Eindruck gemacht. Die Studentenschaft der dortigen Hochschule hielt am 24. Januar eine Versammlung ab, in der folgende Entschliessung angenommen wurde:

„Auf die Nachricht hin, dass der Herr Präsident der Vereinigten Staaten die Erfüllung der Bestrebungen der Polnischen Nation, zwecks Gründung eines freien, unabhängigen Polnischen Staates, als eine Genugtuung der geschichtlichen Gerechtigkeit, sowie als eine durch-

*) Vergl. „Polnische Presse."

aus notwendige Bedingung eines dauerhaften Friedens anerkannte, gibt mit Gegenwärtigem die polnische Jugend der Warschauer Universität ihre höchste Freude und tiefen Glauben kund, dass eine so wohlgesinnte Stellung des Herrn Präsidenten, sowie der gesamten edlen amerikanischen Nation dem polnischen Volke gegenüber, einen entschliessenden Einfluss auf die bisherige Behandlung der polnischen Angelegenheit seitens der europäischen Mächte gewinnen wird."

Gegen 2000 Studenten der Warschauer Hochschulen haben dem amerikanischen Konsulate eine begeisterte Ovation dargebracht; eine spezielle Studenten-Deputation übergab am 26. d. M. obige Resolution dem Herrn Generalkonsul de Soto.

Am gleichen Tage hat der Herr Generalkonsul der polnisch-akademischen Jugend im Lokal des Vereines der „Brüderlichen Hilfe" einen Gegenbesuch in Begleitung des Herrn Vicekonsuls und Konsulatssekretärs abgestattet.

Die Begrüssung seitens des Vertreters der Studentenschaft beantwortete der Herr Generalkonsul de Soto mit folgender Ansprache:

„Ich teile den Herren mit, dass ich in der Universität erschien, um mich persönlich bei Ihnen für die herrliche Ovation zu bedanken und mein Bedauern zum Ausdruck zu bringen, dass ich gestern nicht selbst zugegen sein und Eure Manifestation empfangen konnte. Ich danke den Herren für ihre an den Präsidenten gerichtete Adresse und verspreche dieselbe durch die Berliner Botschaft nach Washington zu senden. Ich bin überzeugt, dass sowohl die Botschaft, wie auch Präsident Wilson, die Kundgebungen der Herren mit denselben Gefühlen wie ich, aufnehmen werden. Ferner teile ich gleichfalls die Ueberzeugung des Herrn Präsidenten, dass Polen frei und unabhängig sein und die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung erhalten muss. Nochmals danke ich bestens allen Anwesenden für die Kundgebung und für den Empfang. Es lebe Polen! (Poland forewer).

Danktelegramm des Polnischen Staatsrats an Wilson.

Warschau, 30. Januar 1917.

Der provisorische Staatsrat hat in seiner letzten Sitzung aus Anlass der Friedensnote Wilson's folgendes Telegramm an Wilson gesandt:

„Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, der auf Grund des Aktes vom 5. November 1916, mit dem die Monarchen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns feierlich die Erstehung des polnischen Staates verkündet haben, berufen worden ist, hat Ihre Note, verehrter Herr Präsident, mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist in diesem Kriege das erstemal, dass das Haupt eines mächtigen neutralen Staates und gleichzeitig der oberste Vertreter einer grossen Nation amtlich erklärt hat, dass nach seiner Ueberzeugung die Unabhängigkeit des polnischen Staates die einzige gerechte Lösung der polnischen Frage und die unumgängliche Bedingung eines dauernden und gerechten Friedens sei. Für dieses kluge und edle Verständnis der Rechte des polnischen Volkes bringt Ihnen, verehrter Herr Präsident, der provisorische Staatsrat als erster Anfang der Regierung des erstehenden Staates im eigenen Namen und im Namen der polnischen Nation seine tiefste Dankbarkeit und Huldigung zum Ausdruck."

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

Zur Einsetzung des polnischen Staatsrates.

Die „**Frankfurter Zeitung**" vom 16 Januar begrüsst den Staatsrat als eine Form der Vertretung des polnischen Volkes. „Wir haben — schreibt das Organ der deutschen Demokratie — sofort nach der Verkündigung des Manifestes der beiden Kaiser darauf hingewiesen, dass der polnische Staat nur dann auf gesunder Grundlage stehen wird, wenn der Wille des ganzen Volkes sein Wesen bestimmt und dass die Gemeinschaft deutscher und polnischer Interessen, die zur Politik des 5. November geführt hat, auf eine möglichst schnelle

Verwirklichung der in den Manifesten enthaltenen Verheissungen drängt. Nach diesen beiden Zielen richteten sich in der Tat sofort auch die Wünsche und Forderungen der Polen. Sie schossen oftmals über die Möglichkeiten hinaus — man darf nicht vergessen, dass Russland alles Interesse daran hat, Uneinigkeit unter den Polen zu provozieren und dass ihm dazu jedes Mittel recht ist! — sie waren aber in ihrem Kerne berechtigt. Es hätte der Entwicklung gewiss nicht geschadet, wenn die deutsche Oeffentlichkeit lebendigen Anteil an den Erörterungen hätte nehmen können, die über diese Frage zum grossen Teil in schweizerischen Blättern ausgetragen wurden. Die Polen hätten dann erkannt, dass sich die Empfindungen des deutschen Volkes in den Vorgängen im preussischen Abgeordetenhaus, die begreiflicherweise polnische Patrioten verstimmten, keineswegs eindeutig wiedergespiegelt haben. Vermutlich hätten die Polen aus einer freien Erörterung noch leichter die von der militärischen und Staatsraison geforderte Notwendigkeit eingesehen, das Tempo gewisser Entschliessungen zu mässigen.

„Es hat kaum einen Sinn, auf viele Einzelheiten der uns nur in Bruchstücken bekannten Entwicklung der ersten zwei Monate des polnischen Staates einzugehen. Eines aber erscheint uns als charakteristisches und hoffnungsvolles Zeichen eines gesunden Staatsgefühls. Wenige Tage nach dem Manifeste der beiden Kaiser ordneten die Generalgouverneure der beiden Okkupationsgebiete die Vornahme von Landtagswahlen an, denen sie zunächst ein recht verwickeltes, auf dem Kurialsystem aufgebautes Wahlrecht zugrunde legen wollten. Generäle brauchen vielleicht nicht zu wissen, dass das preussische Wahlrecht kein gangbarer Ausfuhrartikel ist oder doch höchstens bei der russischen Regierung einen willigen Abnehmer findet; aber jeder Politiker hätte ihnen das sagen können und müssen. Die Polen haben sich nicht gescheut, ihnen das nachdrücklich zu erklären. Aus allen Teilen des von den verbündeten Truppen besetzten polnischen Gebietes ertönte einmütig die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. In dieser Tatsache können wir nur ein Zeichen der inneren Festigkeit des polnischen Staatsgedankens erkennen, dessen berufene Vertreter, die Führer der grossen politischen Parteien, ihm soviel Lebenskraft zutrauen, dass er an der Berührung mit den breiten Volksmassen erstarken wird. Glücklicherweise fällt es der militärischen Denkungsweise weniger schwer als der mancher Zivilbehörden, einen Irrtum vor sich selber und vor der Oeffentlichkeit zuzugeben und zu berichtigen. Man hat daher auf die Durchführung der zuerst geplanten Wahlen verzichtet und den wohl aussichtsvolleren Weg beschritten, die polnischen Parteien durch ihre Vertreter, die jetzt in dem neuen Staatsrat tagen, selber zur Vorbereitung der künftigen Wahlen aufzurufen. Die Schaffung einer Volksvertretung, die den wahren Willen des Landes einwandfrei zum Ausdruck bringt, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft.

Uns scheint, dass durch die Einberufung des Staatsrates ein grosser Schritt dazu getan ist."

Dagegen schlägt die **„Kölnische Zeitung"** einen mahnenden, aber ungenügend motivierten Ton an.

„Welches sind die Fragezeichen, die man heute hinter das werdende Königreich Polen machen muss? Gewiss, wir wollen den Polen getreulich halten, was wir ihnen versprochen haben, aber sie selber vergessen, dass wir ihnen heute schon nicht alles ohne weiteres schenken können, dass wir nicht ohne weiteres das polnische Gebiet räumen können, nicht blindes Vertrauen haben können in die polnische Dankbarkeit. Polen ist immer noch besetztes Gebiet und muss es bleiben, solange dieser Krieg tobt. Nur unter der Aegide der Schutzmächte — ein Ausdruck, der hier mehr am Platz ist als in bezug auf Griechenland — kann der neue polnische Staat sich bilden, wir müssen wachen darüber, dass die Polen sich der Freiheit und der Rechte, die wir ihnen versprochen haben, in Wirklichkeit auch so bedienen, wie es in unserem Interesse liegt: aus reiner Menschenfreundlichkeit, das wissen wir und sie gut, haben wir den polnischen Staat nicht wieder ins Leben zu rufen versprochen, sondern zunächst aus wohlerwogenen realpolitischen Ueberlegungen. Beide Teile, wir und die Polen, haben für das Zusammenarbeiten, aus dem der neue Staat entstehen soll, nur zwei Wege als Möglichkeit: einen richtigen, den wir und sie gehen wollen und sollen, und einen falschen, vor dem wir uns genau so hüten müssen wie sie. Ob die Wege, welche die verbündeten Regierungen bisher gegangen sind, stets richtig waren, bleibe dahingestellt, man kann der Meinung sein, dass andere besser zum Ziel geführt haben würden, aber es fehlen so viele Anhaltspunkte, die zur Bildung einer zuverlässigen Meinung notwendig sind, dass man das Urteil darüber füglich aussetzen muss.

Für die Polen aber ist zweifellos der richtige Weg dieser, sie entsagen ein für alle Mal allen irredentistischen Ansprüchen auf preussisches Gebiet; sie zeigen durch die Tat, dass sie gewillt sind, ein getreues und verlässliches Glied im Bunde der europäischen Zentralmächte zu bilden — und dazu gehört auch, dass sie bereit sind, mit ihrem Blut einzustehen für den Sieg unserer Sache, die seit dem 5. November 1916 die ihre geworden ist. Unere Niederlage würde die ihre sein. nur unser Sieg kann ihnen die volle Erfüllung dessen bringen, was wir ihnen versprochen haben. Für uns aber ist der richtige Weg der, dass wir den Polen in jeder Hinsicht zeigen: wir meinen es ehrlich mit euch, wir wollen euch ehrlich das geben, was wir euch zugesagt haben, wir denken nicht daran, den Russen zu spielen, vor dem ihr mit Recht ein Grauen hattet, den ihr mit Recht gefürchtet habt und dessen Rückkunft für euch trotz aller Zarenerlasse die Rückkehr der Knute sein würde. Nichts ist verkehrter als Ungeduld und es scheint, als litten die Polen an solcher

Ungeduld, als könnten sie nicht rasch genug ihren nationalen Staat erhalten. Wenn etwas die Bildung des neuen Reiches zu verzögern geeignet ist, so ist es die mangelnde Einigkeit unter den Polen, das alte Erbübel, das wir nicht wieder emporkommen lassen dürfen, soll der Grundstein nicht brüchig werden, auf dem das neue Gebäube errichtet wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass, wenn eine wirkliche Verzögerung im Bau des polnischen Staats eintritt, nur Erwägungen der Vorsicht der Grund dazu wären, denn nichts wäre unbilliger, als wollten die Polen von uns blindes Vertrauen fordern in dem Augenblick, wo sie selber zu uns nicht Vertrauen haben, das wir von ihnen erwarten dürfen. Das Sprichwort sagt, es halle aus dem Walde wider, wie es in ihn hineinschallt: der Wald ist in diesem Falle der Vierbund, insonderheit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, nicht Polen! Das dürfen die Polen keinen Augenblick vergessen."

Also „irredentistische Ansprüche", woher dieses Gespenst? und Mahnung zur Geduld, Vorwurf der Uneinigkeit, und der kräftige Schlusston. Wir bemerken hierzu kurz: Die polnische Ungeduld entstammt eben dem Willen, die moralischen und politischen Mittel zu erhalten, ohne die man eine Freiwilligenarmee ins Leben nicht rufen kann. Der letzte Ton der „Köln. Ztg." scheint uns wenig zur Herbeiführung einer sachlichen Diskussion geeignet.

Viel verständiger behandeln die Frage die **„Leipziger Neusten Nachrichten"** (16. Jan.) die bis nun geradezu nicht sehr polenfreundlich waren. „Es ist kein Geheimnis -- lesen wir hier — in einem Aufsatze, „Der Anfang des polnischen Staates" betitelt — dass seit der Ankündigung des Königreichs Polen namentlich in beteiligten preussischen Kreisen allerlei Enttäuschungen ins Kraut geschossen sind, weil das nicht eintrat, was kein besonnener Beurteiler erwarten konnte. Nein, es erstand nicht über Nacht ein neuer Staat, genau von der Art und Beschaffenheit, wie ihn sich Politiker des grünen Tisches und der Bierbank erträumt hatten, gleichsam als sei er heimlich immer schon dagewesen und habe nur auf den Ruf gewartet, der ihm erlauben sollte, ins Völkerleben einzutreten. Ein Volk lebt nicht ein Jahrhundert und länger unter russischer Herrschaft, um sich dann, von einem Tag zum anderen, an staatliche Lebensformen anzupassen, wie sie vom Tun und Denken einer preussisch-deutschen Verwaltung unzertrennlich sind. Auch der neue Polenstaat braucht Zeit zum Werden, und er wie seine nachbarlichen Beschützer werden sich erst aneinander gewöhnen müssen. Vielleicht ist's ganz nützlich, wenn die Enttäuschungen, die sich bei manchen bereits zu dem üblichen, fertigen Vernichtungsurteil über die Neuerung ausgewachsen haben, uns an einem verhältnismässig ungefährlichen Beispiel zu der Geduld erziehen, die es brauchen wird, Mitteleuropa aus dem Kriegszustand wieder in friedliche Lebensformen von Dauer überzuführen. Aus der Eröffnung des Staatsrates kann man jedenfalls die tröstliche

Gewissheit schöpfen, dass die Regierungen auf dem Wege, den sie einmal betreten haben, weiterzugehen entschlossen sind.

Sehr mit Recht hat General von Freytag, der Chef des stellvertretenden Generalstabes, in seinem vortrefflichen Artikel über die Notwendigkeit des Masshaltens im Urteil, daran erinnert, wie die gerühmte, deutsche Objektivität den Fremden, womöglich den Feinden gegenüber, stichhält, den eigenen Angelegenheiten gegenüber aber am raschesten in die Brüche geht. Das dürfen wir auch auf die polnischen Angelegenheiten anwenden, die fortan nicht mehr fremde, noch weniger feindliche, sondern eigene Angelegenheiten der Mittelmächte sind. Der Streit darüber, ob der Weg, worauf die Lösung versucht wurde, richtig war, hat einmal seine Berechtigung gehabt. Für die Gegenwart ist er zwecklos. Jetzt heisst es, durch auf dem Wege, der eingeschlagen worden ist. Auf diesem Wege muss, unter voller und fester Wahrung der Lebensinteressen des Reiches, aus den polnischen Znkunftsmöglichkeiten das Beste herausgeholt werden, was daraus zu machen ist, nicht durch Krittelei und Parteigezänk, sondern durch Arbeit. Zur Arbeit ist auch der Staatsrat des Königreichs Polen berufen worden, und wenn die verschiedenen Parteirichtungen in ihm vorurteilsfrei ihre Vertretungen erhalten haben, so werden sie das, was wir hoffen, zu würdigen wissen, indem sie in erster Linie nicht danach streben, sich als Parteien auszubilden, sondern als Organe eines Staates, der erst werden will. Masshalten wird auch hier eine sehr notwendige, eine unentbehrliche Tugend sein, und Beschränkungen werden sich alle Mitarbeiter am neuen Staat aufzuerlegen haben, wie sie sich die Mittelmächte auferlegten, als sie das eroberte Land nicht für sich zurükstellten, sondern für das Volk, das das eroberte Land bewohnt.

Die Leipz N. Nachr. betonen schliesslich mit Recht die Notwendigkeit der Wehrkraftmachung des neuen Staates und gehen dann auf das wirtschaftliche über:

„Der polnische Staat der Zukunft wird nicht leben und nicht sterben können, wenn nicht seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Mittelmächten in befriedigender Weise geregelt werden. Diese Regelung wird weder an die Vorbedingung geknüpft werden können, dass Oesterreicher und Ungarn sich vo her über die innerpolitische Frage ihres Ausgleichs verständigt haben, noch darauf warten können, dass der letzte Freihändler den letzten lückenlosen Schutzzöllner bekehrt habe oder umgekehrt. Das neue Polen ist wirtschaftliches Neuland, wir werden es aber wirtschaftlich nicht wohl in der Luft schweben lassen können, bis die Welt ringsum sich neu eingerichtet hat. Sein Beruf ist, der Vermittler zwischen den Mittelmächten und dem russischen Markte zu werden. Soll diese Vermittlung für uns einen Sinn haben, so muss das neue Polen, das mit Waffengewalt vom russischen Markte losgerissen worden, dem inneren Markte der Mittelmächte angegliedert werden.“

Polnische Presse.

Zu Wilson's Botschaft.

„Głos Stolicy", das Warschauer Organ der Liga der Polnischen Staatlichkeit, knüpft an den Abschnitt der Wilsonschen Rede betreffs Polen an, und bespricht ihn folgendermassen:

„Wir besitzen nicht den Original- und vollständigen Text der Wilsonschen Rede, um den Passus genau und einheitlich kennen zu lernen, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass er von der Notwendigkeit der Existenz eines unabhängigen Polens gesprochen, also sich demnach offenkundig sämtlichen russischen Anmassungen gegenübergestellt hat. Es ist also dies eine erste für die Unabhängigkeit Polens erfolgte Kundgebung eines offiziellen Vertreters eines neutralen Staatea, und um so bedeutender, da sie abgegeben wurde nach der berühmten Bekanntmachung der Entente, die für allerlei Armenier und Slowaken Unabhängigkeit beantragte und Polen bei Seite liess. sich mit der schlichigen Formel begnügend, dass „die Absichten des russischen Kaisers ihr gegenüber doch klar sind".

Nun hat Wilson gerade demonstrativ dieses von der Entente unbeachtete Polen als einziges krasses Beispiel genannt. Das ist für uns eine freudige Erscheinung und ein grosser Ansporn bei weiterer Arbeit am Bau des polnischen Reiches, der schon jetzt bei den Regierungen neutraler Staaten Anerkennung findet."

Die **„Ziemia Lubelska"**, Lublin, schreibt: Wilson bindet die Polenfrage an keine künftige politisch-rechtliche Kombination und macht sie nicht abhängig von dem guten Willen Nikolaus' II., wie dies die Entente getan hat, sondern er achtet die Entstehung des selbständi gen polnischen Staates als berechtigte Folge des Krieges, als Hauptbürgschaft des künftigen politischen Gleichgewichts Europas und als Sicherung des dauernden Friedens. Die würdige, ruhige und unparteiische Stimme des Präsidenten der grossen amerikanischen Republik muss für die weiteren Ereignisse gewichtig in die Wagschale fallen.

„Dziennik Narodowy", Piotrków, schreibt: Wenn auch Wilson das staatliche Recht Polens nicht erwähnt, so muss doch nichtsdestoweniger seine Erklärung in Verbindung mit der Akte vom 5. November von uns als Anerkennung des polnischen Staates verstanden werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

„Gazeta Radomska", Radom, befasst sich in einem Leitartikel mit der Botschatt Wilsons und besonders mit dem darin enthaltenen Hinweis auf Polen. Das Blatt führt u. a. aus: Hätten die Polen auf dan Aufruf Nikolai Nikolajewitsch' reagiert, könnte Wilson heute nicht von der Unabhängigkeit, sondern höchstens von der Autonomie Polens im Verbande Russlands sprechen.

NOTIZEN.

Politisches.

Glükwunsch des polnischen Staatsrats an Kaiser Wilhelm. Warschau, 27. Januar. Der provisorische Staatsrat hat Kaiser Wilhelm telegraphisch zum Geburtstag beglückwünscht. In dem Telegramm heisst es:

„Mögen die hochherzigen Entschlüsse Eurer Majestät gedeihlich erfüllt werden. Geruhen Eure Majestät, den Ausdruck tiefgefühlter Dankbarkeit entgegenzunehmen für die Kundgebung und Verheissung vom 5. November, durch welche Eure Majestät in weiser Erkenntnis der die Menschheit fördernden Kriegsziele mit Allerhöchstdero erhabenem Verbündeten die Wiederherstellung des polnischen Staates verbürgt haben.“ Niemojowski mp.
Kronmarschall.

Kaiser Carl und die Polen. Wien, 28. Januar. Den „Polnischen Stimmen“ zufolge nahm der Kaiser bei der jüngsten besonderen Audienz, welche er dem Herrenhausmitgliede und ehemaligen Minister des Aeussern Grafen Goluchowski gewährte, wiederholt Gelegenheit, seinen wärmsten Sympathien für das polnische Volk Ausdruck zu geben und beauftragte den Grafen Goluchowski, den Polenklub hiervon in Kenntnis zu setzen.

Der Vertreter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeussern in Warschau. Der bisher im Ministerium des Aeussern in Verwendung gestandene ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Stephan v. Ugron wurde als Vertreter des Ministeriums des Aeussern nach Warschau berufen, wo er bereits in früheren Zeiten viele Jahre hindurch amtlich tätig war.

Der bisherige Vertreter des k. u. k. Ministeriums des Aeussern in Warschau Botschaftsrat Freiherr v. Andrian wird zur Dienstleistung ins Ministerium des Aeussern berufen.

Mitteleuropa steht und fällt mit Neu-Polen. Dem „Hannoverschen Tageblatte“ zufolge stellt in der „Nuova Antologia Fr. Bianco folgende Betrachtungen an: „Bei dem jetzigen weltumwälzenden Kampfe um die höchsten Güter der Kultur, in dem auf politischem Gebiete durch Einführung der Staatenverbände, auf sozialem durch die kollektivistische Arbeiterorganisation das revolutionäre Freiheitsprinzip dem preussischen Autoritätsprinzip bereits erlegen ist, geht Deutschlands Bestreben dahin, seine Vormachtstellung in der Welt für alle Zeiten zu sichern. Dieses Ziel sucht es in erster Reihe durch Begründung jenes Mittel Europas zu erreichen, dessen Entstehen die Verbandsmächte mehr als Deutschlands Siege selbst zu befürchten haben. War für diesen gewaltigen Staatenneubau die seit 1866 zum Angel-

punkt der deutschen Politik gewordenen Gewinnung Oesterreichs das unentbehrliche Fundament, so bildet die Wiedererrichtung des Königreichs Polen dazu den krönenden Schlussstein. Wie einst Preussen zur Festignug seines staatlichen Bestandes sich Stücke des damaligen Polens einverleiben musste, bedarf heute die deutsche Schöpfung Mitteleuropa, um unverwundbar zu sein, für Abwehr und Angriffe nach Osten einer Grenze, die sich wiederum nur vermittels Polens verwirklichen lässt. Von dem neuen Polen wird Mitteleuropa Leben und Macht empfangen, mit ihm steht es und fällt es. Ja, wenn selbst Deutschland seinen Feinden unterläge, aber Neu-Polen bliebe irgendwie erhalten, so würde dieses ihm die Möglichkeit zur Wiedererringung seiner alten Stellung geben. Demnach kann man wohl sagen, dass im letzten Grunde dieser Krieg mit der Lösung der Nationalitätenfrage für den Verband gewonnen oder verloren werden wird."

Der „Vorwärts" über Polen. Im Zusammenhang mit der Botschaft Wilsons schreibt der „Vorwärts" vom 24. Januar:

„Ein autonomes Polen ist gerade das, was Deutschland will. Aber ein geeintes Polen bedeutet für uns die Abtrennung lebenswichtiger Teile des deutschen Reiches, die Unterstellung von Millionen Deutscher unter polnische Herrschaft. Wir wollen, dass die Polen im Deutschen Reich so frei sein sollen, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika oder wie die Italiener in der Schweiz. Aber wir wollen ebensowenig, das Posen aufhört, ein Bestandteil des Deutschen Reiches zu sein, wie etwa Wilson will, dass Milwaukee sich von den Vereinigten Staaten loslöst uud sich als Enklave des Deutschen Reiches konstituiert."

Die Heimkehr des Lemberger Bürgermeisters aus russischer Gefangenschaft. Der Stadtpräsident von Lemberg, Dr. Thaddäus Rutowski, der anderthalb Jahre in russischer Gefangenschaft verbracht hatte, ist am 18 Januar in Wien eingetroffen. Dr Rutowski, ein verdienstvoller Parlamentarier und Sozialpolitiker, hat sich während der Besetzung der Hauptstadt Galiziens durch die Russen, als eine moralische Macht und als unermütlicher Beschützer der Mitbürger bewährt. Seine Rückkehr aus der Gefangenschaft ist für das ganze Land eine grosse Genugtuung. Schon in Wien hatten sich auf dem Bahnhofe zahlreiche polnische Notabeln, viele polnische Abgeordnete und Gemeinderäte, sowie eine Anzahl Legionäre mit Major Albinowski und Lt. Dr. Szarota eingefunden. Die Frau und Tochter Rutowskis erwarteten den Heimkehrenden mit einem Blumenstrauss. Als der Zug in die Halle einfuhr, ertönten stürmische Hochrufe. Nach einer herzlichen Begrüssung des Ehepaares Rutowski und seiner Tochter hielten im Wartesaale der Bildhauer Lewandowski und Vizebürgermeister von Lemberg, Dr. Schleicher, und schliesslich Major Albinowski Begrüssungs-

ansprachen, auf die Dr. Rutowski tief gerührt erwiderte. Er sagte unter anderem: „Ich kann, augenblicklich müde von der sechstägigen Reise und überwältigt von meinen Gefühlen, keine Worte des Dankes finden für die herzliche Begrüssung. Wer ein Jahr russische Okkupation mitgemacht und anderthalb Jahre in russischer Gefangenschaft geweilt hat, wer durch zweieinhalb Jahren von Frau und Kindern getrennt war, der hat vieles durchgemacht. Aber das hat jetzt sein Ende. Ich bin tausendfach für diese Leiden belohnt und werde alle traurigen Erfahrungen auslöschen. Ich habe vieles gesehen, vieles Erfahren und kann Ihnen nur sagen, dass ich in meiner früheren politischen Orientierung als Pole, als Oesterreicher und als Kulturmensch nicht erschüttert wurde. Im Gegenteil. Wir müssen alles daran setzen, um den Kulturfeind hinter den Pruth, den Dnjestr und die Düna zurückzudrängen. Denn man macht sich keinen Begriff, wie barbarisch dieses Volk ist. Fluch über jeden, der uns Polen den Russen ausliefern möchte! Als Pole, als treuer Oesterreicher und als Mensch muss ich wünschen, dass dieser unser ärgster Feind zu Boden geworfen werde.“ Dr. Rutowski schloss seine Rede mit dem Rufe: „Hoch Polen!“, in den die Anwesenden begeistert einstimmten.

In ganz Galizien wird der heimgekehrte, verdienstvolle Patriot herzlich gefeiert.

Das neue polnische Staatswappen. Der Kunstrat von Warschau nahm nach Anhörung eines Gutachtens des Direktor des dortigen Nationalmuseums, Kunstmalers Gembarzewski, einstimmig eine Entschliessung über das polnische Staatswappen an. Danach soll das heutige Wappen dem von 1831 gleichen. Es zeigt auf der linken Hälfte des Feldes des zweigeteilten Schildes einen weissen gekrönten Adler, die rechte Hälfte einen gewappneten Reiter. Eine grosse Stanislaus-Krone krönt das ganze Wappen.

Keine zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere. Das Wolffsche Bureau meldet: Unter den in Deutschland sich aufhaltenden, im Königreiche Polen beheimateten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, dass ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere beabsichtigt sei. Eine solche Absicht besteht nicht. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass sich das polnische Heer nur aus Freiwilligen ergänzt. Alle Gerüchte über zwangsweise Einziehung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Ausstreuung.

Eine Versammlung in Stokholm. Am 28. Dezember fand in Stokholm eine grosse politische Versammlung, der polnischen Angelegenheit gewidmet, statt. Nystroem sprach über die Sympathiegefühle Schwedens Polen gegenüber. Baronin Stjernsted erörterte die Ge-

schichte Polens. Der Bürgermeister Stokholms, Lindhagen, referierte über die litauische Frage.

Es wurde eine Resolution gefasst, die heisse Sympathiegefühle für sämtliche unterdrückten Völker enthielt und der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die Leiden, die Polen gegenwärtig zu erdulden hat, es zu einem selbständigen und ungeteilten Polen, das über sein Schicksal eigenmächtig verfügt, machen werden.

Wirtschaftliches.

Der in Petersburg erscheinende „Kurjer Nowy" bringt einen Artikel über die wirtschaftliche Zukunft Polens, in dem die Hinfälligkeit der Theorie dargelegt wird, wonach Polen auf östliche Absatzgebiete angewiesen sei. Die neuern wirtschaftlichen Untersuchungen hätten bewiesen, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit Kongress-Polens von Russland, Polen keineswegs zum Vorteil gereicht hat. Einen bemerkenswerten Beitrag zu dieser Frage liefert Joseph Konczyński in der Revue „Myśl Narodowa". Die Zollgemeinsamkeit mit Russland — führt der Verfasser in der Petersburger Rundschau aus — war für die polnische Industrie von grossem Nachteil. So konnte z. B. die Maschinenindustrie in Polen nicht aufblühen, während Russland Maschinen aus dem Ausland importieren musste. Auf Rohbaumwolle wurden im Interesse Russlands, unter Benachteiligung Kongress-Polens, hohe Zölle gesetzt. Infolge der hohen Zölle auf das Wollgarn geriet die Teppichindustrie in Abhängigkeit von Deutschland. Im allgemeinen herrschte die Tendenz, Rohstoffe und Halbfabrikate, die Russland besass, mit hohen Zöllen zu belegen, und niedrige Zollsätze für gewisse Kategorien der Fabrikate aus diesen Rohstoffen, die Russland zu produzieren nicht imstande war, aufzustellen. Infolge dieses Vorgehens, wurden Konfektionswaren, wie auch Präzisionsmaschinen niedrig verzollt, wodurch der Industrie Polens die Konkurrenz mit Deutschland erschwert wurde. Für die Industrie Russlands waren diese Zölle nützlich. Die Industrie Polens litt darunter, da sie von dem Ursprungsort der russischen Rohstoffe (z. B. Baumwolle in Turkestan) allzuweit entfernt war und von den ausländischen Rohstoffen durch Zölle abgegrenzt wurde.

Eine Bergbauschule in Polen. Der Piotrkóẅer „Dziennik Narodowy" bringt in Erinnerung, dass von 1816 bis 1837 in Kielce eine Akademische Bergbauschule bestanden hat, die der Oberaufsicht der ehemaligen polnischen Hauptberg-Inspektion unterlag und die Heranbildung tüchtiger Bergingenieure und Bergbaufachleute im Ziele hatte. Die Anstalt hatte drei Abteilungen. Die erste Abteilung war ein Vorbereitungskurs und ihre Schüler hiessen „Admissen", die zweite Abteilung umfasste die sogenannten „Expectanten". die den akademischen Grad erwarteten, in der dritten Abteilung studierten die

„Akademiker“ eine bereits gewählte Bergbauspezialität. In dieser Schule wurde in polnischer Sprache über Mineralogie, Physik, höhere Mathematik, Chemie, Geognosie (wofür man heute Geologie sagt), Hüttenkunde, Mechanik und Maschineningeneurwesen gelesen. Im Jahre 1840 wurde diese Schule nach Warschau verlegt und später von der russischen Regierung aufgehoben. In der gegenwärtigen Zeit wäre es gewiss angebracht, die frühere Bergakadomie in Kielce wieder ins Leben zu rufen.

Russisches.

Die Austreibung der jüdischen Studenten aus der „Warschauer Universität“. Das „Warschauer Tageblatt“ bringt eine Mitteilung des „Russkoje Slowo“, wonach am 16. Dezember v. J. die jüdischen Studenten des Veterinär-Institutes, das aus Warschau nach Nowo-Tscherkask seinerzeit verlegt worden ist, die Aufforderung erhalten haben, die Stadt zu verlassen, da sie dort kein Wohnrecht besitzen. Die Zahl dieser jüdischen Studenten beträgt einige 20 bis 30. Ein Teil derselben wandte sich an den Gouverneur, der dort im Dongebiet den Titel eines General-Ataman des Kosakenheeres führt, und erbat Zurücknahme dieser Verfügung. Der Gouverneur antwortete, dass die Verfügung nicht zurückgenommen werden kann, da dies dem geltendem Rechtsgrundsatz zuwiderlaufen würde.

Es handelt sich hier um die russisch-jüdischen Studenten der früher in Warschau bestehenden russischen Universität, die der russischen Loyalität vertrauend, vor den anrückenden deutschen Heeren in ihr „Vaterland“ geflüchtet sind und dort selbst während dieses Krieges den bekannten Beschränkungen unterworfen werden, mit denen das „Mütterchen Russland“ für seine „lieben Juden“ immer so verschwenderisch war. Wenn sie in Warschau geblieben wären, so hätten sie auf der polnischen Universität Warschau jederzeit unbehelligt studieren können. Das ist der Unterschied zwischen polnischem Brauch und russischen „Rechtsgrundsätzen“.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.